

EUFOR Althea 2022:

Klare Signale gegen einen heißen Herbst

Nach 10-jähriger Abstinenz möchte sich Deutschland erneut mit einem Kontingent der Bundeswehr an der europäischen Friedenstruppe EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina beteiligen. Wachsende internationale Spannungen durch den russischen Krieg gegen die Ukraine haben EUFOR veranlasst, vorsorglich Reservekräfte zu mobilisieren und die Personalstärke der Mission zu erhöhen. Vor Ort geben vor allem die Missachtung des Hohen Repräsentanten und die Sezessionsbestrebungen der *Republika Srpska* (RS) Anlass zur Sorge. Im Vorfeld der nationalen Wahlen im Oktober 2022 soll eine robustere Präsenz von EUFOR Althea das klare Signal senden, dass die internationale Gemeinschaft eine weitere Aushöhlung des Friedensabkommens von Dayton nicht dulden wird.

| Mandat, Aufstellung und deutscher Beitrag zu EUFOR Althea

Völkerrechtliche Grundlage der europäisch geführten [EUFOR Althea](#) ist die UN-Resolution 2183 aus dem Jahr 2014. Das Mandat wurde zuletzt am 3. November 2021 durch Resolution 2604 um ein Jahr verlängert. Zentraler Auftrag der Mission ist es, ein sicheres Umfeld in Bosnien und Herzegowina zu gewährleisten und die militärischen Aspekte des Friedensabkommens von Dayton abzusichern. Bis zum 16. November 2012 war auch Deutschland beteiligt. Der seinerzeit längste Bundeswehreinsatz hatte 1995 mit einem deutschen Kontingent in der *United Nations Protection Force* (UNPROFOR) begonnen.

Gegenwärtig steht EUFOR Althea unter dem Befehl des österreichischen Generalmajors Anton Wessely. Die Mission verfügt über rund 600 Soldaten und Soldatinnen aus 14 EU-Mitgliedsstaaten und fünf Partnerländern ([Stand](#): Juni 2022). Außerdem wurde die Friedenstruppe angesichts der wachsenden Spannungen im Februar um 500 zusätzliche Reservekräfte aufgestockt.

Das neue deutsche Mandat sieht vor, bis zu 50 Bundeswehrangehörige nach Bosnien und Herzegowina zu entsenden. Sie sollen das Hauptquartier in Sarajevo verstärken und zwei zusätzliche Verbindungs- und Beobachtungsteams im Land stellen.

| Auflehnung gegen den Hohen Repräsentanten

Im August 2021 nahm der deutsche Politiker Christian Schmidt seine Tätigkeit als achter Hoher Repräsentant auf. Die Entität *Republika Srpska* und die Russische Föderation hatten zuvor versucht, dies zu verhindern. Im Februar 2021 hatte das RS-Parlament eine Resolution verabschiedet, die eine Wiederbesetzung des Postens ablehnte. Moskau machte sich diese Position zu eigen und forderte zudem, über eine Nachfolge müsse nicht nur der – 1995 durch das Dayton-Abkommen geschaffene – internationale *Peace Implementation Council* (PIC) beschließen, sondern auch der UN-Sicherheitsrat. Die übrigen Mitglieder des PIC lehnten diese Lesart zu Recht ab und beriefen Schmidt regelkonform, gegen das Votum Russlands. Sowohl die RS als auch Russland verweigerten dem Hohen Repräsentanten daraufhin Anerkennung und Kooperation. Russland suspendierte zudem seine Teilnahme am PIC.

Noch kurz vor dem Amtswechsel hatte Schmidts Vorgänger, Valentin Inzko, am 22. Juli 2021 erstmals seit Langem Gebrauch von den *Bonn Powers* gemacht, die dem Hohen Repräsentanten Eingriffe in die Institutionen des Landes erlauben. Er verfügte eine Änderung des Strafgesetzbuchs, die eine Verherrlichung von Kriegsverbrechen und die Leugnung des Genozids unter Strafe stellte. Dagegen lehnte sich

die RS-Führung unter Milorad Dodik, dem serbischen Mitglied des dreiköpfigen Staatspräsidiums Bosnien und Herzegowinas, auf. Das RS-Parlament in Banja Luka erklärte die Entscheidung des Hohen Repräsentanten für nichtig und stellte somit den Vorrang des gesamtstaatlichen Rechts grundsätzlich in Frage. Eine vergleichbare Missachtung wurde einem Dekret Schmidts vom 12. April 2022 zuteil, das ein neues RS-Gesetz zur Aneignung von Staatseigentum annullierte.

| Obstruktion als Vorstufe zur Sezession

Die Auseinandersetzung um den Hohen Repräsentanten ist Teil eines größeren Szenarios, in dem die RS den Gesamtstaat untergräbt und eine Sezession vorbereitet. Die Vertreter der RS haben sich 2021 aus Präsidium, Parlament und Ministerrat Bosnien und Herzegowinas weitgehend zurückgezogen. Dies blockierte die Gesetzgebung, die Verabschiedung des Staatshaushalts und Personalentscheidungen.

Gleichzeitig kündigte die RS an, die gemeinsame Armee, den Hohen Rat für Justiz und Staatsanwaltschaft sowie die Steuerverwaltung zu verlassen, um stattdessen eigene Institutionen und eine neue RS-Verfassung zu schaffen. Dodik begründet diesen Angriff auf die seit 1995 erzielten Integrationschritte mit der „Rückkehr“ zum „originalen“ Vertrag von Dayton. Sollte diese De-facto-Sezession nicht möglich sein, müsse die *Republika Srpska* innerhalb von sechs Monaten ihre Unabhängigkeit erklären.

Zur Unterstützung seiner Pläne pflegt Dodik ein enges Verhältnis zu Russlands Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow. Nur acht Tage, nachdem Putin Dodik am 2. Dezember 2021 in Moskau empfangen hatte, verabschiedete das RS-Parlament eine „Deklaration der Verfassungsprinzipien“. Am 9. Januar 2022 ließ die RS dann zum 30. Jahrestag ihrer Gründung demonstrativ paramilitärischen Polizeieinheiten paradieren. Kurz vor Ablauf der angekündigten Sechs-Monats-Frist erklärte Dodik am 6. Juni, die Sezessionspläne würden aufgrund des Kriegs in der Ukraine um sechs Monate in den Herbst verschoben.

Am 12. Juni 2022 gelang es der EU, in Brüssel eine „[Politische Vereinbarung](#)“ zwischen den Mitgliedern des Staatspräsidiums und der Parteivorsitzenden Bosnien und Herzegowinas zu erzielen. Darin bekannten sie sich zur staatlichen Einheit, zur europäischen Integration und zum Exekutivmandat von EUFOR Althea. Auch Dodik stimmte der Vereinbarung zu, nicht ohne hinterher darauf hinzuweisen, dass das Dokument ohne Unterschrift und rechtliche Bindung sei.

| Fazit: Vorbereitung auf Plan B?

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist eine glaubwürdige Präsenz von EUFOR Althea wichtig, um ein sicheres Umfeld für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 2. Oktober zu gewährleisten. Da Deutschland den Hohen Repräsentanten stellt, ist ein entsprechender Beitrag der Bundeswehr angemessen und demonstriert auch symbolisch Deutschlands Engagement in der Region.

Gleichzeitig ist politisch Vorsorge zu treffen für den Fall, dass Dodiks Zustimmung zur Politischen Vereinbarung nur ein Versuch ist, Zeit zu gewinnen. Denn er könnte darauf setzen, dass Russland im November im UN-Sicherheitsrat eine Verlängerung des EUFOR-Mandats verhindert, um das daraus entstehende sicherheitspolitische Vakuum zur Umsetzung der Sezessionspläne zu nutzen.

Die EU sollte deshalb das in der Politischen Vereinbarung abgegebene Bekenntnis zu EUFOR Althea nutzen und eine Einladung seitens Bosnien und Herzegowina erwirken, die Mission fortzusetzen. Dies wäre eine Alternative zur Mandatierung durch den UN Sicherheitsrat. Andernfalls wäre ein Plan B zu entwickeln, um eine weitere Destabilisierung des Landes zu verhindern.